

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 63 (1971)
Heft: 4

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Britische Gewerkschaften im Kampf gegen ein gewerkschaftsfeindliches Gesetz

Die britische Regierung plant ein Gesetz, das den Sozialbeziehungen in Grossbritannien einen neuen Rahmen geben soll. Der Gewerkschaftsbund TUC lehnt diese Vorlage grundsätzlich ab. In der *«Freien Gewerkschaftswelt»* (Brüssel) Nummer 247 wird eine Ansprache des Generalsekretärs des TUC, Victor Feather, wiedergegeben, in der er die Ablehnung dieses Gesetzes begründet.

Er brandmarkt das Gesetz für Betriebsbeziehungen als ein rein parteipolitisches Produkt der Konservativen. Unter den aufgeführten Argumenten gegen diese Gesetzesvorlage seien an dieser Stelle nur zwei besonders in die Augen springende Punkte erwähnt: «Wenn eine Gewerkschaft ein Verfahrensabkommen bricht, kann sie ein Sondergericht zur Zahlung eines Schadenersatzes (lies Busse) bis zu £ 100 000 (!) verurteilen» oder: «Wenn eine Gruppe von Arbeitnehmern inoffiziell streikt – das heisst, ohne Ermächtigung des Vorstands ihrer Gewerkschaft – so kann der Gewerkschaftsvorstand vor ein Gericht zitiert werden, um sich dazu zu äussern, warum er seine Mitglieder nicht besser kontrolliert. Findet das Gericht, dass die Gewerkschaft nicht alle erforderlichen Anstrengungen gemacht hat, diese Gruppe von Mitgliedern zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, so kann es auf Veranlassung eines einzelnen Arbeitgebers die Gewerkschaft zum Schadenersatz verurteilen, selbst wenn für das Vorgehen der Mitglieder keine Genehmigung der Gewerkschaft erforderlich war.»

Dass ein solches Gesetz von den britischen Gewerkschaften mit allen Mitteln bekämpft werden muss, ist offensichtlich. Feather zählt in diesem Zusammenhang die geplanten verschiedenen Kampf- und Aufklärungsmittel der Gewerkschaften auf. Er macht sich allerdings keine Illusionen in bezug auf ein Nachgeben der Regierung. Die Konservativen haben im britischen Parlament eine Mehrheit von 30 Stimmen, und mit

diesen werden sie ihr Ziel erreichen. Doch Feather ist keinesfalls bereit, das Gesetz zu akzeptieren, die TUC «wird es mit allen gesetzlichen, verfassungsmässigen Mitteln bekämpfen, im Bewusstsein, dass uns niemand zur Zusammenarbeit zwingen kann. Wir werden die Zusammenarbeit ablehnen, bis dieses Gesetz widerrufen ist. Der Landesvorstand der Labour-Party hat bereits zu verstehen gegeben, dass eine künftige Labour-Regierung dieses Gesetz widerrufen wird. Und auf dem Widerruf dieses Gesetzes werden wir bestehen.»

Lateinamerikanisches Malaise und christliches Gewissen

Um auf die Frage «Hat Sozialreform durch Christen irgendeine Aussicht in Lateinamerika?» antworten zu können, analysiert Regina Böhne in Nummer 3 der *«Frankfurter Hefte»* vorerst die dortige Situation. Aus der grossen Zahl von Fakten seien hier einige wiedergegeben:

In Guatemala mit seinen knapp fünf Millionen Einwohnern herrscht eine weisse Oberschicht von weniger als 10 Prozent der Bevölkerung über Indios (54 Prozent), Neger und Mestizen (36 Prozent), von denen die Mehrzahl Analphabeten sind. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 40 Jahre (1 Arzt auf 6400 Einwohner), die Säuglingssterblichkeit beträgt rund ein Drittel der Geburten. Nur 18 Prozent des bebaubaren Bodens werden genutzt, der grösste Teil davon in Kaffee- und Bananen-Monokultur durch die United Fruit Company. Im nordöstlichen Brasilien leben rund 16 Mio Menschen auf rund 1 Mio Quadratkilometern Bodenfläche, 3 Prozent der Latifundienbesitzer verfügen über die Hälfte dieser Bodenfläche (mehrere hundert Güter sind je über 100 000 Hektaren gross); vier Fünftel der Landbevölkerung verdingen sich als Kleinpächter, Teilpächter und Tagelöhner, ihr durchschnittliches Einkommen liegt zwischen 120 und 360 DM; die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 35 Jahre (von den Kleinkindern in den Slums sterben 50 Prozent vor Voll-

endung des ersten Lebensjahres). Im Zeitraum von 1950 bis 1961 ist das ausländische Leihkapital in Lateinamerika auf 9,6 Mia Dollar angewachsen, während die Summe des Geldes, das die verleihenden Länder aus Lateinamerika zurückerhalten, 13,4 Mia Dollar betrug. Die reichen Länder halfen somit nicht die Armut zu beseitigen, sondern wirtschafteten in gut zehn Jahren noch die beachtliche Summe von 3,8 Mia Dollar aus Lateinamerika heraus.

Regina Bohne berichtet – wiederum mit vielen Beispielen – wie gewisse Kreise der unterdrückten Bevölkerung diese Zustände mit Gewalt zu ändern wünschen, und wie diese revolutionären Bestrebungen mit ungeheurer Brutalität der Mächtigen abgewürgt werden. Wie verhält sich nun die Katholische Kirche zu den geschilderten Verhältnissen? Als Folge der verschiedenen päpstlichen Sozialenzykliken, deren Bedeutung für Lateinamerika von der Autorin hervorgehoben wird, scheint auch die Auseinandersetzung innerhalb des katholischen Klerus härter und schärfer geworden zu sein. Noch sind revolutionäre Priester – wie beispielsweise Camilo Torres –, die sich den Guerilleros anschliessen oder mit ihnen sympathisieren, und Persönlichkeiten des lateinamerikanischen Hochklerus – wie der Erzbischof von Olinda und Reclife, Helder Camara –, die sich entschlossen für Sozialreformen einsetzen, in Minderheit. Dass dem Kampfe dieser sich für Gerechtigkeit und Liebe einsetzenden Persönlichkeiten in nächster Zeit ein Erfolg beschieden sein wird, daran scheint allerdings auch Regina Bohne zu zweifeln.

Hinweise

Im 23. Jahrgang, nach 270 Nummern, die sehr oft richtungsweisende, die Zeit überdauernde Aufsätze enthielten, verabschiedet sich der «Monat» mit einem Heft, das dem Thema «Fernsehen – von innen gesehen» gewidmet ist, von seinen Lesern. Steigende Kosten und eine sinkende Käuferzahl haben den Hamburger Verleger Gerhard Bucerius zur Einstellung gezwungen. Der «Monat», eine Gründung aus der Zeit des Kalten Krieges, besass in den fünfziger Jahren an die vierzigtausend Käufer, gegenüber 8 bis 10 000 heute. Das Defizit, das über Jahre von der amerikanischen Ford Foundation getragen wurde, wobei allerdings auch Gelder des CIA zur Verfügung standen, ist in der Zwischenzeit auf jährlich rund 600 000 DM angestiegen. Im Jahre 1968 – nach dem Ausscheiden der Amerikaner – wurde der Verlust vom Verleger Bucerius getragen, was diesem nun aber auf die Länge gesehen doch etwas zu viel wurde.

In der in Zürich erscheinenden sozialdemokratischen Monatsschrift «Profil» wirft deren Redaktor, Dr. Richard Lienhard, die Frage auf: «Wozu noch Druckerschwärze?» In seinem Beitrag warnt er vor einer reinen Informationspresse und plädiert energisch für eine – zwar möglichst informative – Gesinnungspresse. In seiner Analyse des ersten Tätigkeitsjahres der «AZ» kommt er zum Schluss, dass es dieser Zeitung gelungen sei, wenigstens teilweise die beiden Komponenten Information und Gesinnung so zu verbinden, dass die Leser von der Neugestaltung offensichtlich profitieren können. Otto Böni